



Gesellschaftsvertrag

§ 1 Firma und Sitz

- (1) Die Gesellschaft hat die Firma

Denk Pharma GmbH & Co. KG

- (2) Sitz der Gesellschaft ist München.

§ 2 Gegenstand des Unternehmens

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb von Chemikalien und pharmazeutischen Produkten und alle damit zusammenhängenden Geschäfte.
- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, welche für die Erreichung des Unternehmensgegenstands erforderlich oder zweckmäßig sind. Die Gesellschaft darf sich insbesondere an anderen in- und ausländischen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Geschäftsgegenstand beteiligen.

§ 3 Gesellschafter und Kapital

- (1) Gesellschafter sind:
- a) die Hepta Pharma GmbH Vertriebsgesellschaft, Sitz Baldham, HRB 40142, Amtsgericht München, als Komplementärin ohne Einlage und ohne Beteiligung am Festkapital;
 - b) Herr Stephan Huber, geb. am 28. September 1976, als Kommanditist mit einer Pflichteinlage von 1.250.000 €.
- (2) Die in das Handelsregister einzutragenden Hafteinlagen der Kommanditisten entsprechen jeweils den Pflichteinlagen.

§ 4 Gesellschafterkonten

- (1) Für jeden Gesellschafter wird ein laufendes Konto geführt, für die Kommanditisten darüber hinaus auch ein festes Kapitalkonto. Ferner führt die Gesellschaft ein gemeinsames Rücklagekonto sowie ggf. ein Verlustvortragkonto, an welchen die Gesellschafter im Verhältnis ihrer festen Kapitalkonten beteiligt sind.
- (2) Auf dem festen Kapitalkonto wird die Pflichteinlage (§ 3 Abs. (1)) als Festkapitalanteil verbucht. Das Konto ist unverzinslich.
- (3) Auf dem laufenden Konto werden entnahmefähige Gewinnanteile, Entnahmen, Zinsen, der Ausgaben- und Aufwendungsersatz sowie sämtlicher sonstige Zahlungs- und Buchungsverkehr zwischen der Gesellschaft und dem jeweiligen Gesellschafter verbucht. Die laufenden Konten sind im Soll und im Haben mit 5% p.a. zu verzinsen;

die Zinsberechnung erfolgt staffelmäßig. Die Zinsen werden handelsrechtlich als Aufwand bzw. Ertrag der Gesellschaft behandelt.

- (4) Dem gemeinsamen Rücklagekonto werden nicht entnehmfähige Gewinnanteile sowie die Einlagen der Gesellschafter verbucht, soweit sie die Pflichteinlagen (§ 3 Abs. (1)) übersteigen. Das Konto ist unverzinslich.
- (5) Auf dem gemeinsamen Verlustvortragskonto werden die Verluste der Gesellschaft und Gewinne aus späteren Jahren bis zum Ausgleich des Kontos verbucht. Das Konto ist unverzinslich.
- (6) Weitere Gesellschafterkonten können durch Gesellschafterbeschluss eingerichtet werden.

§ 5 Ergebnisbeteiligung, Gewinnverwendung, Entnahmen vom laufenden Konto

- (1) Am Gewinn und Verlust der Gesellschaft sind die Gesellschafter im Verhältnis ihrer festen Kapitalkonten beteiligt.
- (2) Über die Verwendung des Jahresüberschusses beschließt die Gesellschafterversammlung. Sie kann den nach Ausgleich des Verlustvortragskontos verbleibenden Jahresüberschuss nach Abzug der gemäß Abs. (3) zu ermittelnden persönlichen Ertragsteuern auf Gesellschafterebene, dh. Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer zuzüglich hierauf erhobener Zuschläge (derzeit Solidaritätszuschlag) sowie Kirchensteuer (soweit anwendbar), ganz oder teilweise in das Rücklagekonto einstellen.
- (3) Bei der Ermittlung der persönlichen Ertragsteuern auf Gesellschafterebene ist bei natürlichen Personen der jeweils geltende einkommensteuerliche Spitzensteuersatz zugrunde zu legen.
- (4) Ein Guthaben auf dem laufenden Konto kann jederzeit mit einer Ankündigungsfrist von einem Monat entnommen werden; darüber hinausgehende Entnahmen bedürfen eines Gesellschafterbeschlusses.

§ 6 Geschäftsjahr und Jahresabschluss

- (1) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
- (2) Die Komplementärin hat innerhalb von 6 Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres den Jahresabschluss aufzustellen.

§ 7 Sonderbetriebseinnahmen und Sonderbetriebsausgaben, Sonderbetriebsvermögen

Die Kommanditisten haben spätestens drei Monate nach Ablauf eines Geschäftsjahres

der Komplementärin ihre steuerlichen Sonderbetriebseinnahmen und Sonderbetriebsausgaben sowie ihr steuerliches Sonderbetriebsvermögen zum Zwecke der Aufnahme in die von der Gesellschaft abzugebenden Steuererklärungen mitzuteilen; die Komplementärin kann die Verwendung von durch sie vorgegebenen Formblättern sowie die Vorlage von Belegen verlangen.

§ 8 Geschäftsführung und Vertretung

- (1) Zur Geschäftsführung und Vertretung ist nur die Komplementärin berechtigt und verpflichtet. Sie und ihre Geschäftsführer sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.
- (2) Die Komplementärin führt die Geschäfte der Gesellschaft mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns in Übereinstimmung mit dem Gesetz, dem Gesellschaftsvertrag und den Beschlüssen der Gesellschafterversammlung.
- (3) Die folgenden Geschäfte bzw. Entscheidungen bedürfen der Zustimmung der Gesellschafterversammlung:
 - a) Gründung, Auflösung, Erwerb oder Veräußerung von Tochter- und Enkelunternehmen, von unmittelbaren und mittelbaren Unternehmensbeteiligungen sowie Anteilsänderungen an Beteiligungen;
 - b) der Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Rechten an Grundstücken, deren Wert 100.000 € übersteigt, soweit nicht mit dem Budget bereits genehmigt;
 - c) das von der Geschäftsführung jährlich im Voraus aufzustellende Budget und dessen wesentliche Änderungen und der Mittelfristplan;
 - d) Festsetzung der Grundsätze für die Bezüge und sonstigen Vergünstigungen der Geschäftsführung der Komplementärin einschließlich der Regelung ihrer Alters-, Dienstunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung;
 - e) die Aufnahme neuer Geschäftszweige und Aufgabe vorhandener Tätigkeitsgebiete;
 - f) die Aufnahme und Gewährung von Krediten sowie die Übernahme von Bürgschaften und Garantien über einen Betrag von mehr als 100.000 €, soweit nicht mit dem Budget bereits genehmigt;
 - g) gerichtliche oder schiedsgerichtliche Rechtsstreitigkeiten von grundsätzlicher Bedeutung für die Gesellschaft;
 - h) Bestellung und Abberufung von Prokuristen;

- i) Abschluss sonstiger Dauerschuldverhältnisse, insbesondere Vertriebs- und Lizenzverträge, mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr;
 - j) sonstige Geschäfte, welche die Gesellschafterversammlung allgemein oder im Einzelfall von ihrer Zustimmung abhängig macht.
- (4) Die Komplementärin ist verpflichtet, die Gesellschafter über alle wichtigen Vorkommnisse unaufgefordert zu unterrichten.
- (5) Die Komplementärin hat Anspruch auf Ersatz ihrer sämtlichen im Zusammenhang mit ihrer Gesellschafterstellung stehenden Auslagen einschließlich der Vergütung ihrer Geschäftsführer. Darüber hinaus hat sie Anspruch auf eine Haftungsvergütung in Höhe von 4% ihres bilanziellen Eigenkapitals p.a., höchstens jedoch 10 000 € p.a. Die zu zahlenden Beträge sind handelsrechtlich als Aufwand der Gesellschaft zu behandeln.

§ 9 Gesellschafterversammlungen

- (1) Gesellschafterversammlungen werden von der Komplementärin einberufen. Aus wichtigem Grund können Gesellschafter, die zusammen 5% des Festkapitals repräsentieren, die Einberufung einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung verlangen.
- (2) Gesellschafterversammlungen finden am Sitz der Gesellschaft statt.
- (3) Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt der Geschäftsführer der Komplementärin bzw. dessen Vertreter.
- (4) Gesellschafter können sich vertreten lassen; der Vertreter hat dem Geschäftsführer der Komplementärin bzw. dessen Vertreter schriftliche Vollmacht bzw. gleichstehenden schriftlichen Nachweis (z.B. Testamentsvollstreckerzeugnis, bei Organen und Prokuristen Handelsregisterauszug) vorzulegen. Gesellschafter bzw. deren Vertreter können sich durch einen von Berufs wegen zur Verschwiegenheit verpflichteten Berater begleiten lassen.
- (5) Alljährlich findet eine ordentliche Gesellschafterversammlung statt. Die Gesellschafterversammlung hat spätestens innerhalb von acht Monaten nach Ablauf eines Geschäftsjahres stattzufinden.
- (6) Über die Verhandlungen der Gesellschafterversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, in das neben Ort und Tag der Versammlung die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung, die wesentlichen Inhalte der Verhandlung sowie die Beschlüsse der Gesellschafter sowie Art und Ergebnis der Abstimmung aufzunehmen sind. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung zu unterzeichnen. Das Protokoll ist innerhalb von zwei Wochen nach der Gesellschafterversammlung an die

Gesellschafter zu versenden. Einwendungen gegen die Richtigkeit des Protokolls müssen innerhalb einer Frist von acht Wochen nach Abhaltung der Gesellschafterversammlung gegenüber der Komplementärin schriftlich geltend gemacht werden.

§ 10 Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung ist zusätzlich zu den sonstigen in diesem Gesellschaftsvertrag oder zwingend kraft Gesetzes vorgesehenen Fällen in den folgenden Angelegenheiten zuständig:

- a) Änderung des Gesellschaftsvertrages sowie alle weiteren Geschäfte, welche die Grundlagen der Gesellschaft betreffen (einschließlich Änderungen des Festkapitals und Aufnahme neuer Gesellschafter);
- b) Abschluss von Unternehmensverträgen, auf welche die §§ 293 ff. AktG analog anwendbar sind;
- c) Umwandlungen nach dem UmwG, an welchen die Gesellschaft als übertragende, umgewandelte oder aufnehmende Gesellschaft beteiligt ist;
- d) Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss, sofern die Gesellschaft kraft Gesetzes prüfungspflichtig ist oder die Gesellschafterversammlung die Prüfung beschließt;
- e) Entlastung der Komplementärin und ihres Geschäftsführers;
- f) Auflösung der Gesellschaft;
- g) Feststellung des Jahresabschlusses;
- h) Entscheidung über die Ergebnisverwendung.

§ 11 Gesellschafterbeschlüsse

- (1) Gesellschafterbeschlüsse werden in Gesellschafterversammlungen gefasst.
- (2) Die Gesellschafter beschließen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht kraft Gesetzes zwingend oder in diesem Gesellschaftsvertrag eine andere Mehrheit vorgeschrieben ist; je 1 € Guthaben auf Festkapitalkonto gewähren eine Stimme.
- (3) Ein Gesellschafter, welcher durch die Beschlussfassung entlastet oder von einer Verbindlichkeit befreit werden soll, hat hierbei Stimmrecht. Auch im Übrigen ist das Stimmrecht in eigenen Angelegenheiten nicht ausgeschlossen.
- (4) Ein Gesellschafter, dessen Ausschließung beschlossen wurde (§ 14), hat kein

Stimmrecht.

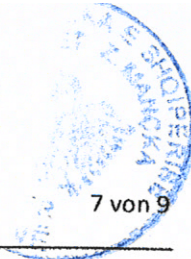
- (5) Über die folgenden Angelegenheiten beschließt die Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von mindestens neun Zehnteln der abgegebenen Stimmen, sofern und soweit nicht kraft Gesetzes zwingend eine andere Mehrheit vorgeschrieben ist:
- a) Aufnahme neuer Gesellschafter;
 - b) sonstige Änderungen des Gesellschaftsvertrages;
 - c) Abweichungen vom Gesellschaftsvertrag im Einzelfall;
 - d) Umwandlungsbeschlüsse nach dem Umwandlungsgesetz;
 - e) Liquidation der Gesellschaft;
 - f) Abschluss von Unternehmensverträgen, auf welche die §§ 291 ff. AktG analog anwendbar sind;
 - g) Zuweisung von mehr als 20% des nach Ausgleich eines Verlustvortragskontos sowie nach Abzug der persönlichen Ertragsteuern (§ 5 Abs. (2) Satz 2 und Abs. (3)) verbleibenden Jahresüberschusses in das Rücklagenkonto.
- (6) Die Erhöhung und Herabsetzung von Gesellschaftsanteilen und Einlagen bedarf eines mit allen in der Gesellschaft vorhandenen Stimmen zustande gekommenen Gesellschafterbeschlusses.
- (7) Die Unwirksamkeit eines Gesellschafterbeschlusses kann nur innerhalb von einem Monat nach Beschlussfassung durch Klage geltend gemacht werden. Die Klage ist gegen die Gesellschaft zu richten.

§ 12 Auskunfts- und Kontrollrechte der Gesellschafter

Die Komplementärin hat jedem Gesellschafter auf Verlangen unverzüglich Auskunft über die Angelegenheiten der Gesellschaft zu geben und die Einsicht der Bücher und Schriften zu gestatten. § 51 a GmbHG gilt entsprechend.

§ 13 Ausscheiden von Gesellschaftern

- (1) Scheidet ein Gesellschafter aus der Gesellschaft aus, so wird die Gesellschaft von den verbleibenden Gesellschaftern unter der bisherigen Firma fortgesetzt. Verbleibt nur noch ein Gesellschafter, so hat dieser das Recht, das Vermögen der Gesellschaft ohne Liquidation mit allen Aktiven und Passiven unter Fortführung der Firma zu übernehmen.
- (2) Ausscheidende Gesellschafter können für Schulden der Gesellschaft keine Sicherheitsleistung verlangen und Befreiung erst und insoweit, als sie von Gläubigern in Anspruch genommen werden.



§ 14 Ausschließung von Gesellschaftern

- (1) Ein Gesellschafter kann aus wichtigem Grund aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Die Wirksamkeit der Ausschließung ist nicht von der Zahlung der gemäß § 16 geschuldeten Abfindung abhängig. Einer Festsetzung der Abfindung im Ausschließungsbeschluss bedarf es nicht.
- (2) Die Ausschließung erfolgt durch Beschluss der Gesellschafterversammlung. Sie wird wirksam, wenn und sobald sie dem betroffenen Gesellschafter bekannt gemacht ist, und ist solange als wirksam zu behandeln, bis ihre Unwirksamkeit rechtskräftig festgestellt ist.

§ 15 Tod eines Gesellschafters

Verstirbt ein Gesellschafter, so wird die Gesellschaft mit seinen Erben oder Vermächtnisnehmern fortgesetzt. Soweit beim Erbgang Gesellschaftsanteile von weniger als einem Euro entstehen, kann das Stimmrecht nur einheitlich durch einen gemeinsamen Bevollmächtigten ausgeübt werden.

§ 16 Abfindung

- (1) Ausscheidende Gesellschafter erhalten eine Barabfindung. Diese entspricht dem Buchwert des Gesellschaftsanteils des ausscheidenden Gesellschafters, mindestens jedoch der Hälfte des Verkehrswertes seines Gesellschaftsanteils. Fällt das Ausscheiden mit dem Schluss eines Geschäftsjahres zusammen, ist dieser Zeitpunkt der Stichtag für die Wertermittlung; ansonsten ist die Wertermittlung auf den Schluss des letzten im Zeitpunkt des Ausscheidens abgeschlossenen Geschäftsjahres vorzunehmen. Im Falle der Ausschließung ist die Gesellschaft nach ihrer Wahl berechtigt, als Wertermittlungsstichtag den Zeitpunkt der Fassung des Ausschließungsbeschlusses zu wählen.
- (2) Fällt das Ausscheiden nicht mit dem Schluss eines Geschäftsjahres zusammen, nimmt der ausscheidende Gesellschafter an dem Gewinn oder Verlust des im Zeitpunkt des Ausscheidens laufenden Geschäftsjahres nicht teil.
- (3) Die Höhe der Abfindung ist durch einen von der Gesellschaft zu beauftragenden Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater oder eine von der Gesellschaft zu beauftragende Wirtschaftsprüfungs- oder Steuerberatungsgesellschaft zu ermitteln und dem ausscheidenden Gesellschafter bekanntzugeben. Die Kosten hierfür trägt die Gesellschaft.
- (4) Einwendungen gegen die Höhe der Abfindung können nur innerhalb von zwei Monaten, nachdem sowohl die Ausschließung als auch die festgesetzte Abfindung dem

abzufindenden Gesellschafter bekannt gegeben worden sind, durch Klage gegen die Gesellschaft geltend gemacht werden.

- (5) Der Abfindungsbetrag zuzüglich eines etwaigen Guthabens bzw. abzüglich eines etwaigen Negativsaldos auf dem laufenden Konto des betroffenen Gesellschafters wird in fünf gleichen Jahresraten, beginnend sechs Monate nach dem Ausschließungsbeschluss, fällig. Offene Beträge sind ab dem Tage des Ausschließungsbeschlusses mit 5% p.a. zu verzinsen; zusammen mit einer Rate werden jeweils die bis dahin angefallenen Zinsen fällig.
- (6) Sollte die Zahlung der Abfindung oder einer Rate – ggf. unter Berücksichtigung der anderen ausscheidenden Gesellschafter zu zahlenden Abfindung – nicht ohne schweren Schaden für die Gesellschaft möglich sein, so braucht die Gesellschaft nur zumutbare Zahlungen zu leisten. Über deren Höhe entscheidet ein auf Antrag eines Beteiligten vom Vorstand des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) in Düsseldorf zu ernennender Wirtschaftsprüfer oder eine vom Vorstand des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) in Düsseldorf zu ernennende Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Schiedsgutachter. Die Kosten hierfür trägt die Gesellschaft.
- (7) Sicherheitsleistung für die Abfindung kann nicht verlangt werden.

§ 17 Verfügung über Gesellschaftsanteile

- (1) Verfügungen über Gesellschaftsanteile bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung der Gesellschafterversammlung.
- (2) Einer Verfügung steht die Eingehung eines Treuhandverhältnisses oder eines solchen Rechtsverhältnisses gleich, durch welches sich der Gesellschafter hinsichtlich der Ausübung der Gesellschaftsrechte aus seinem Gesellschaftsanteil an die Zustimmung oder Mitwirkung eines Dritten bindet.

§ 18 Dauer, Kündigung, Liquidation der Gesellschaft

- (1) Die Gesellschaft besteht auf unbestimmte Zeit.
- (2) Jeder Gesellschafter kann die Gesellschaft durch Brief an den geschäftsführenden Gesellschafter unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist auf den Schluss eines Geschäftsjahres kündigen, frühestens jedoch zum 31.12.2027. Das Recht zur vorzeitigen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
- (3) Im Fall der Kündigung oder bei Eingreifen anderer gesetzlicher Auflösungs-, Ausscheidens- oder Ausschlussgründe wird die Gesellschaft von den übrigen Gesellschaftern fortgesetzt. Im Falle der Kündigung gilt dies nicht, sofern die übrigen Gesellschafter innerhalb von sechs Monaten nach dem Zeitpunkt, auf welchen die

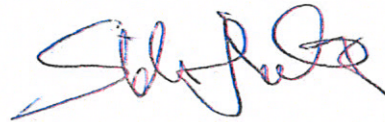
Kündigung erfolgt, die Auflösung der Gesellschaft beschließen; in diesem Fall nimmt der kündigende Gesellschafter an der Liquidation der Gesellschaft teil.

- (4) Im Falle der Auflösung wird die Gesellschaft liquidiert, wenn nicht die Gesellschafter mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen eine andere Art der Auseinandersetzung (zB Realteilung) beschließen. Im Falle der Liquidation ist die Komplementärin zum alleinigen Liquidator bestellt. Am Liquidationserlös sind die Gesellschafter entsprechend ihrer Beteiligung am Festkapital beteiligt.

§ 19 Schlussbestimmungen

- (1) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages oder eine künftig in ihn aufgenommene Bestimmung ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt werden. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll eine angemessene Regelung gelten, welche, soweit rechtlich zulässig, dem am nächsten kommt, was die Vertragsschließenden gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck des Vertrages gewollt hätten, falls sie den Punkt bedacht hätten.
- (2) Der vorstehende Absatz gilt entsprechend im Fall von Lücken.
- (3) Alle das Gesellschaftsverhältnis betreffenden Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern oder zwischen der Gesellschaft und Gesellschaftern bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, soweit nicht kraft Gesetzes notarielle Beurkundung erforderlich ist. Dies gilt auch für einen Verzicht auf das Erfordernis der Schriftform.

München, den 24.08.2017



B 3190

Noter Publik në Mynih, Gjermani

Prokurë Noteriale Përfaqësimi

Pas inspektimit të Regjistrimit Tregtar elektronik pranë Gjykatës Vendore në Mynih, sot, Unë,

Dr. Christian Berringer,

Noter Publik në qytetin e Mynihut, Gjermani, vërtetoj dhe deklaroj në mirëbesim se:

1. Denk Pharma GmbH & Co. KG (shoqëri me ortakëri të kufizuar dhe me përgjegjësi të kufizuar si ortak i përgjithshëm) është regjistruar në numrin HRA 85432, themeluar rregullisht në bazë të ligjeve gjermane dhe ekziston ligjërisht në çdo rast që nga data 12 janar 2005, me adresë aktiviteti në Prinzregentenstr. 79, 81675, Mynih, Gjermani.
2. Z. Stephan Huber, shtetas austriak, i martuar, mbajtës i pasaportës me numër P7006293, Prinzregentenstr. 79, 81675, Mynih, Gjermani, si Drejtori i Përgjithshëm i ortakut të përgjithshëm të shoqërisë në fjalë, autorizohet të veprojë i vetëm si përfaqësuesi ligjor i Denk Pharma GmbH & Co. KG.
3. Z. Stephan Huber, lindur më 28 shtator 1976, Prinzregentenstr. 79, 81675, Mynih, Gjermani, i njohur personalisht nga unë, pranon se nënshkrimi në këtë dokument është i tij.

Në rast mospërputhjes ndërmjet versionit në Anglisht dhe Spanjisht, versioni në gjuhën angleze do të ketë përparësi.

E nënshkruaj këtë dokument në Mynih.

Datë: 19 tetor 2020

Dr. Christian Berringer, Noter
Nënshkrimi i noterit publik
(Nënshkrimi)

Vorstehende Abschrift stimmt mit der mir heute vorliegenden Urschrift überein.

München, 27. Oktober 2020


Dr. Görk, Notar



APOSTILLE


(Convention de La Haye du 5 octobre 1961)

1. Land: Bundesrepublik Deutschland
Diese öffentliche Urkunde
2. ist unterschrieben von Notar Dr. Stefan Görk
3. in seiner Eigenschaft als Notar.
4. Sie ist versehen mit dem Siegel des Notars Dr. Stefan Görk in München.

Bestätigt

5. in München
6. am 28. Oktober 2020
7. durch die Präsidentin des Landgerichts München I
8. unter Nr. 910 a 12826/2020
9. Siegel
10. Unterschrift
Im Auftrag




Anna Ziogou
Justizsekretärin

APOSTILE

(Konventa e Hagës e datës 5 tetor 1961)

1. **Shteti:** Republika Federale e Gjermanisë

Ky dokument publik

2. **Nënshkruhet nga:** Noteri Dr. Christian
Berringer

3. **I cili vepron në cilësinë e** Noterit

4. **Mban vulën / pullën e** Noterit Dr. Christian
Berringer në Munih

Certifikohet

5. **në:** Munih 6. **më** 21 tetor 2020

7. **nga:** Kryetari i Gjykatës Rajonale të Munihut I

8. **Numër:** 910 a 12425/2020

9. **Vula/Pulla**

(vula)

10. **Nënshkrimi**
Në emër të

Anna Ziogou
Sekretare e Gjykatës
(nënshkrimi)

Nenet e korporatës

Neni 1 Shoqëria dhe vendndodhja

- (1) Shoqëria zotërohet nga korporata

Denk Pharma GmbH & Co. KG

- (2) Korporata ndodhet në Munih.

Neni 2 Objekti i Shoqërisë

- (1) Objekti i Shoqërisë është shitja e kimikateve dhe produkteve farmaceutike dhe të gjitha bizneset e ndërlidhura.
- (2) Shoqëria ka të drejtë të ushtrojë të gjitha veprimtaritë që janë të nevojshme ose të dobishme për arritjen e qëllimit të shoqërisë. Në veçanti, shoqëria mund të marrë pjesë në shoqëri të tjera vendase dhe të huaja që kanë të njëjtin qëllim ose qëllim të ngjashëm biznesi.

Neni 3 Aksionarët dhe kapitali

- (1) Aksionarët janë:
- a) Hepta Pharma GmbH Shoqëri shitjesh, me seli në Baldham, HRB 40142, Gjykata e Rrethit Munih, si ortak i përgjithshëm pa kontribut dhe pa pjesëmarrje në kapitalin fiks;
 - b) Z. Stephan Huber, lindur më 28 shtator 1976, si ortak me përgjegjësi të kufizuar me një kontribut të detyrueshëm prej 1,250,000 Euro.
- (2) Kontributet e detyrueshme të ortakëve me përgjegjësi të kufizuar që do të regjistrohen në regjistrin tregtar korrespondojnë me kontributet në kapital.

Neni 4 Llogaritë e aksionarëve

- (1) Për secilin aksionar mbahet një llogari rrjedhëse dhe një llogari kapitali fiks për ortakët me përgjegjësi të kufizuar. Për më tepër, shoqëria mban një llogari rezervë të përbashkët dhe, nëse është e zbatueshme, një llogari të bartjes së humbjes, në të cilën aksionarët marrin pjesë në përpjesëtim me llogaritë e tyre në kapitalin fiks.
- (2) Kontributi i detyrueshëm (Neni 3, paragrafi 1) regjistrohet si komponent i kapitalit fiks në llogarinë e kapitalit fiks. Kjo llogari është pa interes.
- (3) Fitimet për aksion, tërheqjet, interesat, rimbursimi i shpenzimeve dhe shpenzimet, si dhe të gjitha pagesat dhe transaksionet e tjera midis shoqërisë dhe aksionarit përkatës regjistrohen në llogarinë rrjedhëse. Llogaritë rrjedhëse janë debit dhe kredit me 5% interes;

interesi llogaritet në mënyrë progresive. Sipas legjisllacionit tregtar, interesi trajtohet si shpenzim ose e ardhur për shoqërinë.

- (4) Fitimet për aksion që nuk mund të tërhiqen, si dhe kontributet e aksionarëve regjistrohen në llogarinë e përbashkët të rezervës, deri në atë masë sa tejkalojnë kontributet e detyrueshme (Neni 3, paragrafi 1). Kjo llogari është pa interes.
- (5) Humbjet dhe fitimet e shoqërisë nga vitet e mëvonshme regjistrohen në llogarinë e përbashkët të bartjes së humbjeve derisa llogaria të shlyhet. Kjo llogari është pa interes.
- (6) Llogaritë e mëtejme të aksionarëve mund të hapen me një rezolutë të aksionarëve.

Neni 5 Ndarja e fitimit, përvetësimi i fitimeve, tërheqjet nga llogaria rrjedhëse

- (1) Aksionarët marrin pjesë në fitimin dhe humbjen e shoqërisë në përpjesëtim me llogaritë e tyre në kapitalin fiks.
- (2) Në mbledhjen e aksionarëve u vendos për përdorimin e tepricës vjetore. Pas zbritjes së tatimit mbi të ardhurat personale që do të përcaktohet në përputhje me paragrafin 3 në nivelin e aksionarit, mund të zvogëlohet teprica vjetore e mbetur pas balancimit të llogarisë së bartjes së humbjes, d.m.th. tatimi mbi të ardhurat ose tatimi i korporatës plus mbitarifimi i mbledhur prej tyre (aktualisht mbitarifimi i sigurimeve shoqërore) si dhe taksa e kishës (nëse zbatohet), tërësisht ose pjesërisht në llogarinë e rezervës.
- (3) Gjatë përlllogaritjes së tatimit mbi të ardhurat personale në nivelin e aksionarëve, tatimi mbi të ardhurat në nivelin më të lartë të zbatueshëm duhet të përdoret si bazë për personat fizikë.
- (4) Bilanci i kreditit në llogarinë rrjedhëse mund të tërhiqet në çdo kohë duke njoftuar një muaj më parë; Çdo tërheqje shtesë kërkon rezolutë të aksionarëve.

Neni 6 Viti fiskal dhe llogaritë vjetore

- (1) Viti fiskal është viti kalendarik.
- (2) Partneri i përgjithshëm duhet të përgatisë pasqyrat vjetore financiare brenda 6 muajve nga përfundimi i vitit fiskal.


Neni 7 Të ardhura të veçanta operative dhe shpenzime të veçanta operative, asete të veçanta operative

Ortakët me përgjegjësi të kufizuar duhet të njoftojnë partnerin e përgjithshëm për të ardhurat e veçanta tatimore dhe shpenzimet e veçanta të biznesit, si dhe për asetet e

tyre të veçanta tatimore me qëllim përfshirjen në kthimet tatimore që duhet të paraqiten nga shoqëria jo më vonë se tre muaj pas përfundimit të vitit fiskal; partneri i përgjithshëm mund të kërkojë përdorimin e formularëve të ofruar prej tij si edhe dorëzimin e dokumenteve mbështetëse.

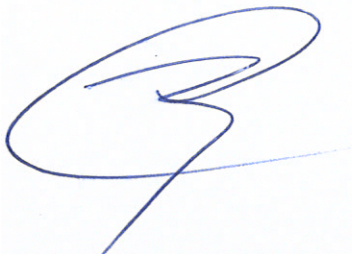
Neni 8 Menaxhimi dhe përfaqësimi

- (1) Vetëm partneri i përgjithshëm është i autorizuar dhe i detyruar të menaxhojë dhe të përfaqësojë shoqërinë. Ju dhe drejtorët tuaj menaxhues jeni të përjashtuar nga kufizimet e nenit 181 BGB.
- (2) Partneri i përgjithshëm drejton biznesin e shoqërisë me diligjencën e një biznesmeni të matur në përputhje me ligjin, statutin dhe rezolutat e mbledhjes së aksionarëve.
- (3) Transaksionet ose vendimet e mëposhtme kërkojnë miratimin e mbledhjes së aksionarëve:
 - a) Krijimi, shpërbërja, blerja ose shitja e filialeve dhe biznesit, shoqërive të lidhura në mënyrë të drejtpërdrejtë dhe jo të drejtpërdrejtë me shoqërinë, dhe ndryshimet në aksionet e shoqërive të lidhura;
 - b) Blerja, shitja dhe barra e pasurive të patundshme, të drejtat ekuivalente për pasuritë e patundshme dhe të drejtat për pasuritë e patundshme, vlera e të cilave tejkalon 100,000 Euro, përveç nëse miratohet nga buxheti;
 - c) Buxheti që do të hartohet çdo vit paraprakisht nga organi drejtues dhe ndryshimet e tij të rëndësishme dhe plani afatmesëm;
 - d) Përcaktimi i parimeve për shpërblimin dhe përfitimet e tjera të organit drejtues të partnerit të përgjithshëm, përfshirë rregulloren e daljes në pension, përfitimet për personat me aftësi të kufizuar dhe pensionet për familjarët e tyre pas vdekjes së këtyre të fundit;
 - e) Sipërmarrja e linjave të reja të biznesit dhe braktisja e fushave ekzistuese të veprimtarisë;
 - f) Marrja dhe dhënia e kredive, si dhe supozimi i obligacioneve dhe garancive për një shumë prej më shumë se 100,000 Euro, përveç nëse buxheti tashmë është miratuar;
 - g) Mosmarrëveshjet juridike gjyqësore ose të arbitrazhit me rëndësi themelore për shoqërinë;
 - h) Emërimi dhe shkarkimi i nënshkruesve të autorizuar;

- 
- i) Përfundimi i detyrimeve të tjera të vazhdueshme, në veçanti i marrëveshjeve të shpërndarjes dhe licencave, me një afat prej më shumë se një viti;
 - j) transaksione të tjera, të cilat varen nga miratimi i mbledhjes së aksionarëve në përgjithësi ose në raste individuale.
- (4) Partneri i përgjithshëm është i detyruar të informojë aksionarët për të gjitha incidentet e rëndësishme pa iu kërkuar një gjë e tillë.
 - (5) Ortaku i përgjithshëm ka të drejtë të rimbursohet për të gjitha shpenzimet që lidhen me statusin e tij të aksionarit, përfshirë shpërblimin e drejtorëve të tij menaxhues. Për më tepër, ai ka të drejtën e kompensimit të pasiveve në shumën prej 4% të kapitalit të bilancit, por jo më shumë se 10,000 Euro. Sipas ligjit tregtar, shumat që do të paguhen duhet të trajtohen si shpenzime për Shoqërinë.

Neni 9 Mbledhja e Aksionarëve

- (1) Mbledhjet e përgjithshme të Aksionarëve thirren nga Partneri i përgjithshëm Aksionarët, të cilët së bashku përfaqësojnë 5% të kapitalit të përgjithshëm, për një arsye të rëndësishme mund të kërkojnë një mbledhje të jashtëzakonshme të aksionarëve.
- (2) Mbledhjet e Aksionarëve zhvillohen në selinë e Shoqërisë.
- (3) Drejtori menaxhues, partneri i përgjithshëm ose përfaqësuesi i tij kryeson mbledhjen e aksionarëve.
- (4) Partnerët mund të përfaqësohen; Përfaqësuesi duhet t'i paraqesë menaxherit të përgjithshëm ose përfaqësuesit të tij një autorizim me shkrim ose prova ekuivalente me shkrim (p.sh. certifikata e prokurës, fragment nga regjistri tregtar për organet dhe nënshkruesit e autorizuar). Aksionarët ose përfaqësuesit e tyre mund të shoqërohen nga një profesionist i fushës, i cili është i detyruar të ruajë konfidencialitetin.
- (5) Mbledhja e zakonshme e Aksionarëve zhvillohet çdo vit. Mbledhja e Aksionarëve zhvillohet jo më vonë se tetë muaj pas përfundimit të vitit financiar.
- (6) Në mbledhjen e aksionarëve duhet të përpilohen procesverbale për negociatat, në të cilat, përveç vendit dhe datës së mbledhjes, duhet të regjistrohen edhe pjesëmarrësit, pikat në rendin e ditës, përmbajtja thelbësore e negociatave dhe rezolutat e aksionarëve, si dhe lloji dhe rezultati i votimit. Procesverbali duhet të nënshkruhet nga kryetari i mbledhjes së aksionarëve. Procesverbali duhet t'u dërgohet aksionarëve brenda dy javësh nga mbledhja e aksionarëve.



Kundërshtimet për korrektësinë e procesverbalit duhet t'i bëhen me shkrim partnerit të përgjithshëm brenda një periudhe prej tetë javësh pas mbajtjes së mbledhjes së aksionarëve.

Neni 10 Kompetenca e Mbledhjes së Aksionarëve

Përveç rasteve të tjera të parashikuara në këtë nen ose të detyrueshme me ligj, mbledhja e aksionarëve është përgjegjëse për çështjet e mëposhtme:

- a) Ndryshimet në nenet e sipërmarrjes dhe të gjitha transaksionet e tjera që ndikojnë në themelet e shoqërisë (përfshirë ndryshimet në kapitalin fiks dhe përfshirjen e aksionarëve të rinj);
- b) Përfundimin e kontratave të shoqërive për të cilat zbatohet në mënyrë analoge neni 293 AktG;
- c) Konvertimet sipas UmwG në të cilat shoqëria është e përfshirë si shoqëri transferuese, e konvertuar ose marrëse;
- d) Emërimin e auditorit për pasqyrat financiare vjetore, me kusht që shoqëria të jetë ligjrisht e detyruar të auditojë ose mbledhja e aksionarëve të vendosë për auditim; Shoqëria, në bazë të ligjit kërkohet të auditohet ose mbledhja e aksionarëve vendos të kryejë një auditim;
- e) Shkarkimin e partnerit të përgjithshëm dhe menaxherit të tij;
- f) Shpërbërjen e Shoqërisë;
- g) Miratimin e pasqyrave financiare vjetore;
- h) Vendimin për përdorimin e rezultateve.

Neni 11 Rezolutat e Aksionarëve

- (1) Rezolutat e aksionarëve miratohen në Mbledhjet e aksionarëve.
- (2) Partnerët vendosin me një shumicë të thjeshtë të votave të hedhura, përveç nëse një shumicë tjetër kërkohet nga ligji ose në këtë nen të sipërmarrjes; Çdo kredi prej 1 Euro në një llogari të kapitalit fiks ju jep një votë.
- (3) Një partner, i cili do të përjashtohet ose lirohet nga një detyrim përmes rezolutës, ka të drejta vote. Për më tepër, nuk përjashtohet e drejta për të votuar për çështjet e tij të biznesit.
- (4) Një partner, për të cilin është vendosur përjashtimi (Neni 14), nuk ka të drejtë vote.

- REPUBLICA E SHqipërisë
MINISTRI I TREGATISË DHE
INDUSTRIËS
- (5) Mbledhja e Aksionarëve vendos për çështjet vijuese me shumicën e të paktën nëntë të dhjetave të votave të hedhura, përveç nëse nuk kërkohet me ligj një shumicë tjetër:
- a) Pranimin e aksionarëve të rinj;
 - b) Ndryshime të tjera në nenet e sipërmarrjes;
 - c) Devijimet nga nenet e sipërmarrjes në raste individuale;
 - d) Zgjidhjen e konvertimit sipas Aktit të Konvertimit;
 - e) Likuidimin e Shoqërisë;
 - f) Përfundimin e kontratave të shoqërive për të cilat zbatohet në mënyrë analoge neni 291 AktG;
 - g) Alokimin e më shumë se 20% të tepricës vjetore të mbetur pas bilancit të një llogarie të mbartur të humbjes dhe pas zbritjes së tatimit mbi të ardhurat personale (Neni 5, paragrafi 2, Klauzola 2 dhe paragrafi 3) në llogarinë e rezervës.
- (6) Rritja dhe zvogëlimi i aksioneve dhe kontributeve të shoqërisë kërkon një rezolutë të aksionarëve që është arritur me të gjitha votat e disponueshme në shoqëri.
- (7) Mungesa e efektivitetit të rezolutës së aksionarëve mund të pohohet vetëm brenda një muaji pas miratimit të rezolutës. Kundër shoqërisë mund të ngrihet padi.

Neni 12 Të drejtat për informacion dhe kontroll të aksionarëve

Me kërkesë, partneri i përgjithshëm duhet t'i sigurojë menjëherë secilit ortak informacion mbi çështjet e biznesit të shoqërisë dhe t'i lejojë të kontrollojnë regjistrat dhe dokumentet. Neni 51 a GmbHG zbatohet në përputhje me rrethanat.

Neni 13 Dorëheqja e aksionarëve

- (1) Nëse një ortak largohet nga shoqëria, aktivitetet e kësaj të fundit do të vazhdojnë nga ortakët e mbetur në shoqëri. Nëse mbetet vetëm një ortak, ai ose ajo ka të drejtë të marrë përsipër aktivet e shoqërisë pa likuidim, duke përfshirë të gjitha aktivet dhe pasivet dhe ndërkohë vazhdon operimin e shoqërisë.
- (2) Aksionarët, të cilët dalin në pension nuk mund të kërkojnë garanci për borxhet e shoqërisë dhe kjo bën përjashtim vetëm në masën sa pretendohet nga kreditorët.

**Neni 14 Përjashtimi i aksionarëve**

- (1) Një partner mund të përjashtohet nga shoqëria për arsye të forta. Efektiviteti i përjashtimit nuk varet nga pagesa e shpërblimit të shkëputjes nga puna që i detyrohet shoqëria, në përputhje me nenin 16. Nuk është e nevojshme të vendoset pagesa e shkëputjes në rezolutën e përjashtimit.
- (2) Përjashtimi bëhet me vendim të mbledhjes së aksionarëve. Ky vendim bëhet efektiv kur dhe sapo t'i bëhet e ditur aksionarit në fjalë, do të trajtohet si efektiv derisa të vërtetohet ligjërisht jo-efektiviteti i tij.

Neni 15 Vdekja e një partneri

Nëse një partner vdes, shoqëria vazhdon aktivitetet e saj me trashëgimtarët ose përfaqësuesit ligjorë të tij. Nëse trashëgimia rezulton në aksione të shoqërisë më pak se një euro, e drejta e votës mund të ushtrohet në mënyrë të njëtrajshme nga një përfaqësues i përbashkët.

Neni 16 Kompensimi për largimin nga puna

- (1) Aksionarët që largohen nga shoqëria marrin kompensim në para. Ky kompensim korrespondon me vlerën e regjistrimit të aksioneve në shoqëri të ortakut që po largohet, dhe të paktën gjysmën e vlerës së tregut të aksioneve të tij në shoqëri. Nëse largimi i tij përkon me përfundimin e një viti financiar, kjo pikë në kohë është data kryesore për vlerësimin; përndryshe, vlerësimi duhet të kryhet në fund të vitit financiar të kaluar, të mbyllur në kohën e largimit. Në rastin e përjashtimit, shoqëria ka të drejtë, sipas gjykimit të saj, të zgjedhë datën në të cilën është marrë vendimi i përjashtimit si data e vlerësimit.
- (2) Nëse largimi i tij nuk përkon me përfundimin e një viti financiar, aksionari që po largohet nuk merr pjesë në fitimin ose humbjen e vitit financiar në kohën e largimit.
- (3) Shuma e pagesës së shkëputjes do të përcaktohet nga një auditor ose konsulent tatimor i porositur nga shoqëria ose nga një shoqëri auditimi ose konsulence tatimore, porositur nga shoqëria dhe për të cilën njoftohet partneri që po largohet. Kostot e kësaj të fundit barten nga Shoqëria.
- (4) Aksionari që ka të drejtën e kompensimit mund të kundërshtojë shumën e këtij kompensimi dhe të ngrejë pretendime ndaj shoqërisë brenda dy muajve nga data që i është bërë e ditur përjashtimi dhe shumën e kompensimit.

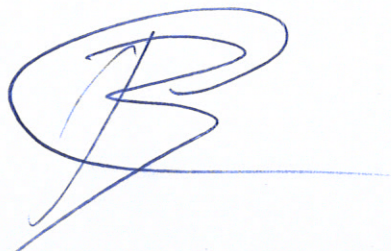
- (5) Shuma e kompensimit plus çdo kredi ose minus çdo bilanc negativ në llogarinë rrjedhëse të aksionarit në fjalë do të paguhet në pesë këste vjetore të barabarta, duke filluar gjashtë muaj pas rezolutës së përjashtimit. Shumat pasuese bëhen nga data e rezolutës së përjashtimit në 5% p.a. për të paguar interes; së bashku me një këst, interesi i akumuluar deri në atë moment është i detyrueshëm.
- (6) Nëse nuk është e mundur të bëhet pagesa e shkëputjes ose një këst i saj - duke marrë parasysh shumën e pagesës së shkëputjes që do të bëhet për aksionarët e tjerë që largohen - pa shkaktuar dëme serioze për shoqërinë, kjo e fundit duhet t'i bëjë pagesat në kohë të arsyeshme. Një auditor që do të emërohet nga Bordi i Drejtorëve të Institutit të Auditorëve (IDW) në Dyseldorf ose një shoqëri auditimi që do të emërohet nga Bordi i Drejtorëve të Institutit të Auditorëve (IDW) në Dyseldorf si arbitër do të vendosë për shumën e kompensimit. Kostot e kësaj të fundit barten nga Shoqëria.
- (7) Nuk mund të kërkohet garanci për pagesën e shkëputjes nga puna.

Neni 17 Shitja e aksioneve të Shoqërisë

- (1) Për shitjen e aksioneve të Shoqërisë kërkohet pëlqimi i mbledhjes së aksionarëve në mënyrë që ky vendim të jetë efektiv.
- (2) Lidhja e një marrëdhënieje besimi ose një marrëdhënieje të tillë juridike me anë të së cilës aksionari është i lidhur me miratimin ose me bashkëpunimin e një pale të tretë lidhur me ushtrimin e të drejtave në shoqëri për aksionet e tij në këtë të fundit, është e barabartë me një shitje.

Neni 18 Kohëzgjatja, ndërprerja, likuidimi i Shoqërisë

- (1) Shoqëria ekziston për një periudhë të pacaktuar.
- (2) Secili partner mund të njoftojë shoqërinë me anë të një letre që i drejtohet partnerit administrues, tre muaj përpara fundit të një viti financiar, por jo më herët se data 31.12.2027. E drejta për ndërprerje të parakohshme për një arsye të rëndësishme mbetet e paprekur.
- (3) Në rast ndërprerjeje ose nëse ka arsye të tjera ligjore për shitjen, dorëheqjen ose përjashtimin, shoqëria do të vazhdojë aktivitetet e saj nga aksionarët e mbetur. Në rast ndërprerjeje, kjo gjë nuk zbatohet nëse aksionarët e mbetur vendosin të shesin shoqërinë brenda gjashtë muajve nga data kur ndodh ndërprerja; në këtë rast partneri anulues merr pjesë në likuidimin e shoqërisë.



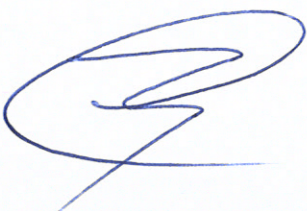
- (4) Në rast shitjeje, shoqëria do të likuidohet, përveç nëse aksionarët me shumicën e tre të katërtave të votave të hedhura, vendosin për një lloj tjetër mosmarrëveshjeje (p.sh. ndarja e shoqërisë). Në rast likuidimi, partneri i përgjithshëm emërohet si likuiduesi i vetëm. Aksionarët marrin pjesë në të ardhurat e likuidimit në bazë të pjesëmarrjes së tyre në kapitalin fiks.

Neni 19 Dispozitat përfundimtare

- (1) Nëse një dispozitë e kësaj kontrate ose një dispozitë e ardhshme e përfshirë këtu është ose bëhet plotësisht ose pjesërisht e paefektshme ose e pazbatueshme, kjo nuk ndikon në vlefshmërinë e dispozitave të mbetura. Në vend të një dispozite joefektive ose të pazbatueshme, zbatohet një dispozitë e përshtatshme, e cila, për aq sa lejohet ligjërisht, i afrohet më shumë asaj çka palët kontraktore duan apo dëshironin sipas kuptimit dhe qëllimit të kontratës, nëse do ta konsideronin këtë pikë të kontratës.
- (2) Paragrafi i mëparshëm zbatohet në përputhje me rrethanat në rast të mangësive.
- (3) Çdo marrëveshje ndërmjet aksionarëve ose ndërmjet shoqërisë dhe aksionarëve lidhur me marrëdhëniet e korporatës duhet të bëhet në formë të shkruar për të qenë efektive, përveç nëse kërkohet me ligj certifikimi noterial. Kjo zbatohet gjithashtu edhe për shuarjen e detyrimit të kërkesës në formë të shkruar.

Munih, më 24.08.2017

(nënshkrimi dhe vula)



Kopja e mësipërme njësohet me dokumentin origjinal që më është vënë në dispozicion sot.

Munih, më 27 tetor 2020

Dr. Görk, Noter

(nënshkrimi)

APOSTILE

(Konventa e Hagës e datës 5 tetor 1961)

1. **Shteti:** Republika Federale e Gjermanisë
Ky dokument publik
2. **Nënshkruhet nga:** Noteri Dr. Stefan Görk
3. **I cili vepron në cilësinë e** Noterit
4. **Mban vulën / pullën e** Noterit Dr. Stefan Görk në Munih

Certifikohet

5. **në:** Munih
6. **më** 28 tetor 2020
7. **nga:** Kryetari i Gjykatës Rajonale të Munihut I
8. **Numër:** 910 a 12826/2020
9. **Vula**
(vula)
10. **Nënshkrimi**
Në emër të

Anna Ziogou
Sekretare e Gjykatës
(nënshkrimi)



REPUBLIKA E SHQIPERISË
DHOMA E NOTERISË TIRANË
Nr. 4548 Rep.



VËRTETIM

Bazuar në nenin 135 i Ligjit nr. 110/2018 „për Noterinë“, vërtetoj firmën e përkthyesit Enver Biturku, me NIPT L82606804N përkthyes i gjuhës gjermane, i miratuar nga Ministria e Drejtësisë, i cili më ka deklaruar se ka përkthyer sa më sipër identik me tekstin e dokumentit ***bashkëngjitur*** nga Gjermanisht në Shqip dhe kanë nëshkruar në prezencën time.

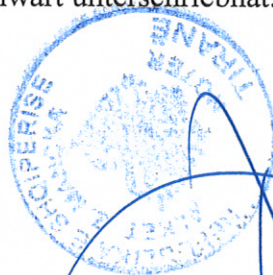
Tiranë, me 11.11.2020

REPUBLIKALBANIEN
NOTARKAMMER TIRANA
Urkunderolle Nr. 4548

BEGLAUBIGUNG

Gemäß dem Artikel Nr. 135 des Gesetzes Nr. 110/2018 „für Notariat, wird hiermit die Unterschrift des Übersetzers Enver Biturku, unter NIPT Nr. L82606804N anerkannt von dem Ministerium für Justiz, bestätigt. Er erklärte, dass dem Text beigefugten Dokumentgemäss vom deutsch ins albanischen übersetzt zu haben und in meiner Gegenwart unterschriebhat.

Tirana, den 11.11.2020



Notar
ALKET Z.MANÇKA